

Franz Etzel, Fünf Jahre Montan-Union

Legende: Franz Etzel, Vizepräsident der Hohen Behörde, zieht nach fünf Jahren Existenz Bilanz über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (CECA).

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 12.05.1955, Nr. 89. Bonn: Deutscher Verlag. "Fünf Jahre Montan-Union", auteur:Etzel, Franz , p. 739.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/franz_etzel_funf_jahre_montan_union-de-298ef36d-b93f-44f7-8fa9-4bcc342393ab.html

Publication date: 21/01/2015

Fünf Jahre Montan-Union

Vom Schuman-Plan zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Idee und Verwirklichung der supranationalen Integration

Von Franz Etzel, Vizepräsident der Hohen Behörde

Unter den vielfach verschlungenen Wegen zum Wiederaufbau eines einigen Europas, die in den letzten zehn Jahren gegangen, zum Teil auch wieder verlassen worden sind, gibt es eine geradeaus führende Straße, zu der vor fünf Jahren, am 9. Mai 1950, der erste Spatenstich getan wurde. Damals verkündete der französische Außenminister Robert Schuman den Plan der Zusammenlegung der Grundstoffindustrien Deutschlands und Frankreichs, um der Kriegsfurcht und Kriegsgefahr im Westen Europas ein für alle mal ein Ende zu setzen. Damit war in das Durcheinander der Ideen und politischen Konzeptionen, das dem politischen und wirtschaftlichen Durcheinander der Nachkriegszeit entsprach, eine Idee hineingestellt worden, die sich zum Unterschied von vielen, oft verlockenderen Tageslösungen als auf die Dauer durchführbar erwiesen hat.

Vergegenwärtigen wir uns die nationale und weltpolitische Situation jener Tage, so muß uns heute noch die Tat Robert Schumans als wirklich umwälzend erscheinen. Die Initialzündung des Marshall-Plans, der Europas Menschen vor dem Verhungern und seine Wirtschaft vor dem endgültigen Zerfall gerettet hatte, konnte doch die eigene Initiative der Europäer selbst auf die Dauer nicht ersetzen. Das politische Konzept von Jalta und Potsdam zeigte allmählich seine Fragwürdigkeit. Die freie Position Europas schien kaum noch zu halten, da der Westen kaum noch Hoffnung haben konnte, daß aus den sich aufhebenden Gegensätzen noch eine Zukunft für den Kontinent erwachsen würde.

Es ist verständlich, daß auf diesem Hintergrund die Erklärung Robert Schumans zwar den Einsichtigen als der rettende Gedanke erschien, daß aber auch viele Wohlmeinende ihre Anwendbarkeit bezweifelten. Selbst als nach wenigen Monaten in Paris ein fertiger Vertrag ausgearbeitet war, dem neben Frankreich nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die Benelux-Staaten und Italien ihre Unterschrift gaben, verstummten diese Zweifel nicht. Heute sind sie durch die Wirklichkeit widerlegt, und viele der Zweifler von damals haben ihren Irrtum dadurch bekannt, daß sie an der Gemeinschaft, die nun schon im dritten Jahr besteht, loyal und objektiv mitarbeiten.

Was hat die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl - in Deutschland so irreführend Montan-Union genannt - nun materiell und ideell erreicht, seit Robert Schuman vor fünf Jahren seinen Plan veröffentlicht und die Hohe Behörde als erste europäische Teilregierung am 10. August 1952 die Arbeit aufgenommen hat?

Die Rechtfertigung dieses großen europäischen Versuchs, und das muß einmal sehr klar gesagt werden, liegt nicht in der Unanfechtbarkeit oder sogar Unfehlbarkeit der einzelnen Maßnahmen und Entscheidungen. Auch diese europäische Behörde unterliegt dem Gesetz des Suchens und Irrens, das alles menschliche Handeln bestimmt. Wie jede einzelstaatliche Instanz muß auch diese supranationale, über den einzelnen Staaten stehende Behörde den Vorwurf der Unzulänglichkeit so weit auf sich nehmen, wie er alle politische und wirtschaftliche Ordnung trifft. Eines aber hat sich in diesen fünf Jahren klar erwiesen: daß der Gedanke eines über den nationalen Einzelinteressen stehenden echten, weil unwiderruflichen Zusammenschlusses auf europäischer Grundlage eine Durchsetzungskraft im staatlichen wie auch im wirtschaftlichen Leben hatte, die in sich die Richtigkeit dieser Lösung beweist. Das sind nicht leere Worte.

Für den, der wirtschaftliche Daten gelten läßt, sei gesagt, daß in dem seit zwei Jahren bestehenden gemeinsamen Markt für Stahl der Austausch zwischen den sechs Ländern größer ist als jemals in der günstigsten Konjunktur der zwanziger Jahre, und daß am gesamten Stahlhandel der sechs Länder die Lieferungen innerhalb der Gemeinschaft heute einen um ein Fünftel höheren Anteil haben als etwa 1928, nämlich 43 v.H. gegenüber damals 34 v.H. Der gegenseitige Austausch der Erzeugnisse, die der Gemeinschaft unterliegen, beträgt immerhin 20-25 v.H. des gesamten Warenaustausches in allen Bereichen. Wertmäßig sieht das so aus, daß die Länder der Montan-Union für 1 Milliarde Dollar Kohle und Stahl untereinander austauschen und außerdem für 1 Milliarde Dollar Kohle und Stahl in dritte Länder exportieren.

Wir wissen auch, daß die Schwankungen der Konjunktur, die wir gerade in den letzten zwei Jahren beim Stahl erlebt haben, nicht so glatt und störungslos aufgefangen worden wären, wenn nicht dieser gemeinsame Markt durch den Ausgleich im größeren Raum stabilisierend gewirkt hätte. Die Voraussetzung hierfür war, ausgehend von der Beseitigung der Zölle, vor allem die erstmalige Unterbindung der Doppelpreise, der durch die ständige Konkurrenz verstärkte Zwang zur Rationalisierung und gesteigerte Investitionen im vergrößerten Wirtschaftsraum, womit die dauernden Grundlagen einer erhöhten Produktivität vor allem in der Stahlindustrie geschaffen wurden.

Geht man aber auf die Prophezeiungen zurück, die nicht nur von Gegnern des europäischen Einigungswerks vor der Gründung der Gemeinschaft gemacht wurden, so muß man feststellen, daß keine der damals befürchteten Störungen oder gar Katastrophen eingetreten ist. Dabei scheint mir der unbezweifelbare materielle Erfolg des gemeinsamen Marktes noch nicht einmal so sehr für sich selbst zu sprechen wie die damit errungene Zuversicht der an ihm beteiligten Unternehmer und Arbeiter, daß hier ein Weg zur Überwindung der auf lange Frist bestehenden Schwierigkeiten für unseren Kontinent gefunden ist. Wie soll man sich sonst erklären, daß Parlamentarier aller Richtungen, die unsere gemeinsame Versammlung bilden, immer wieder nicht nur den Erfolg des gemeinsamen Marktes vorbehaltlos feststellen, sondern darüber hinaus auf seine Erweiterung, auf die Ausdehnung der wirtschaftlichen Integration drängen?

Tatsächlich haben wir in der kurzen Zeit unserer europäischen Tätigkeit viele Nahtstellen mit den Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik berührt, ohne selbst den Rahmen unseres Gründungsvertrages zu überschreiten. Bei der Ausarbeitung des Systems der direkten internationalen Tarife, das am 1. Mai dieses Jahres zunächst für Kohle und Erz den Frachtenbruch an den Binnengrenzen der Gemeinschaft beseitigt hat, sind wir auf zahlreiche Probleme der allgemeinen Verkehrswirtschaft gestoßen, die ebenfalls einer Behandlung unter übergeordneten Gesichtspunkten, nicht mehr nur von nationalen Einzelinteressen her, dringend bedürfen. Aber auch in der ständigen Zusammenarbeit mit dem Rat der Wirtschaftsminister unserer sechs Länder, dem „Besonderen Ministerrat“ der Gemeinschaft, haben wir in dem uns vorgeschriebenen allgemeinen Gedankenaustausch viele Fragen berührt, die über den Bereich von Kohle und Stahl hinausgehen, ohne deren gründliche Prüfung aber die gemeinsamen Sorgen des westeuropäischen industriellen Kerngebietes nicht überwunden werden können.

Es ist heute viel von der Notwendigkeit einer weiteren wirtschaftlichen Integration die Rede. Wir sind dabei nicht Fordernde, sondern Zeugen der praktischen Durchführbarkeit des supranationalen Weges, der uns allein die Dauer der europäischen Zusammenarbeit sichern zu können scheint. Wir warten auf diese weitere Integration nicht deshalb, weil Kohle und Stahl sonst nicht gemeinsam verwaltet werden könnten, sondern weil wir aus unserer praktischen Erfahrung und aus der für uns selbst fast überraschenden Bewährung des Geistes der Zusammenarbeit zu wissen glauben, daß aus dem europäischen Geschehen in Luxemburg ein Beitrag für die Zukunft der ganzen europäischen Wirtschaft und notwendig dadurch des politischen Lebens in der an einer so wichtigen Stelle schon zusammengeschweißten Gemeinschaft der sechs Länder geleistet werden kann.